



Armin Paasch

7.12.2020

Globale Wertschöpfung

- DAX-Konzerne erzielen inzwischen fast 80 Prozent der Umsätze im Auslandsgeschäft
- Deutsche Exportstärke bei Autos, Maschinen, Kraftwerken oder Fleisch nicht möglich ohne:
- Import günstiger Metall-, Energie- und Agrarrohstoffe aus dem globalen Süden
- Auslagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer, von Textilien bis zu Autoteilen
- Kann Arbeitsplätze schaffen, aber auch Umwelt zerstören und Menschenrechte gefährden

Dammbruch in Brasilien



Export giftiger Pestizide



Krisenreaktion auf Corona



„Diese Wirtschaft tötet“



Wer trägt welche Verantwortung?

1. Staaten*p*licht Menschenrechte zu *schützen* „durch angemessene Politik, Regulierung und Rechtsprechung“
2. Unternehmens*ver*antwortung Menschenrechte zu *achten* in eigenen Aktivitäten und in ihren Geschäftsbeziehungen
3. Zugang zu effektiven *Rechtsmitteln*, Entschädigung und Wiedergutmachung = vor allem Teil staatlicher Schutzpflicht

Nach UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011)

1) Grundsatzerklärung

- Umfasst Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Zivil- und Sozialpakt und ILO-Kernarbeitsnormen
- Auf höchster Führungsebene des Unternehmens angenommen
- Enthält Erwartungen an Mitarbeiter, Geschäftspartner und sonstige Parteien mit Verbindung zum Produkt
- Ist veröffentlicht und für Mitarbeiter und Geschäftspartner verfügbar
- Spiegelt sich in Verfahren und im operativem Geschäft des Unternehmens wider

2) Risikoanalyse

- Übergreifende Analyse möglicher und tatsächlicher Auswirkungen auf die Menschenrechte
- Priorisierung nach Schwere der Verletzung, Kontext und Größe des Unternehmens
- Im Falle schwerer Risiken für Menschen vertiefte Analyse anschließen
- In solchen Fällen auch direkte Konsultation von Betroffenen und Menschenrechtsverteidigern

3) Maßnahmen ergreifen

- Bei Verursachung oder Beitrag muss Unternehmen Verletzung beenden und wiedergutmachen
- Bei allen potenzielle Auswirkungen verhüten und mindern (auch bei „direkter Verbindung“)
- Einflussvermögen nutzen, steigern, notfalls auch Geschäftsbeziehung beenden
- Bisheriger Praxis prüfen: Grundsaterklärungen, Verträge, Produkte, Einkauf und Audits
- Grundsatz der Angemessenheit

4) Rechenschaft ablegen

- Extern über Risiken und Folgen sowie über die Verfahren und ergriffenen Maßnahmen berichten
- Form und Häufigkeit müssen Auswirkungen entsprechen und Zielgruppen verfügbar sein
- Enthält ausreichend Informationen zur Beurteilung der Angemessenheit der ergriffenen Maßnahmen
- Weder Betroffene noch Mitarbeiter einem Risiko aussetzen

5) Beschwerdemechanismus

- Beschwerdemechanismen müssen wirksam sein: menschenrechtskonform, zugänglich, transparent und berechenbar
- Bei Investitionsprojekten für Personen und lokale Gemeinden auf operativer Ebene zugänglich
- Ziel ist frühzeitiges Erkennen von Missständen zur Minderung
- Wenn Unternehmen Schäden verursacht hat, soll es freiwillig Wiedergutmachung leisten

Nationaler Aktionsplan 2016

- Deutscher NAP „erwartet“ von Unternehmen
Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht
- Grundsaterklärung, Risikoprüfung, Maßnahmen,
Berichterstattung und Beschwerdestelle
- Verbindlichkeit nicht einmal für Staatsunternehmen,
öffentliche Aufträge oder Außenwirtschaftsförderung
- Aber: NAP sieht Monitoring vor und erwägt Gesetz,
wenn <50% der Unternehmen Erwartung erfüllen
- Koalitionsvertrag: Regierung wird dann „gesetzlich
tätig werden“ und sich für EU Regulierung einsetzen



**GEGEN
GEWINN OHNE GEWISSEN
HILFT NUR NOCH**

**EIN GESETZLICHER
RAHMEN.**

Was heißt Lieferkettengesetz?

- Verpflichtet Unternehmen, menschenrechtliche und ökologischen Sorgfaltspflicht umzusetzen
- Umfasst gesamte Wertschöpfungskette inklusive Importe, Exporte, Investitionen und Dienstleistungen
- Sanktion: Bußgeld sowie Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und Außenwirtschaftsförderung
- Für vorhersehbare und vermeidbare Schäden im Ausland haften Unternehmen zivilrechtlich (in D)
- Das Gesetz fordern wir in Deutschland und ähnliche Regeln in der EU und bei den Vereinten Nationen

Unternehmen für Gesetz



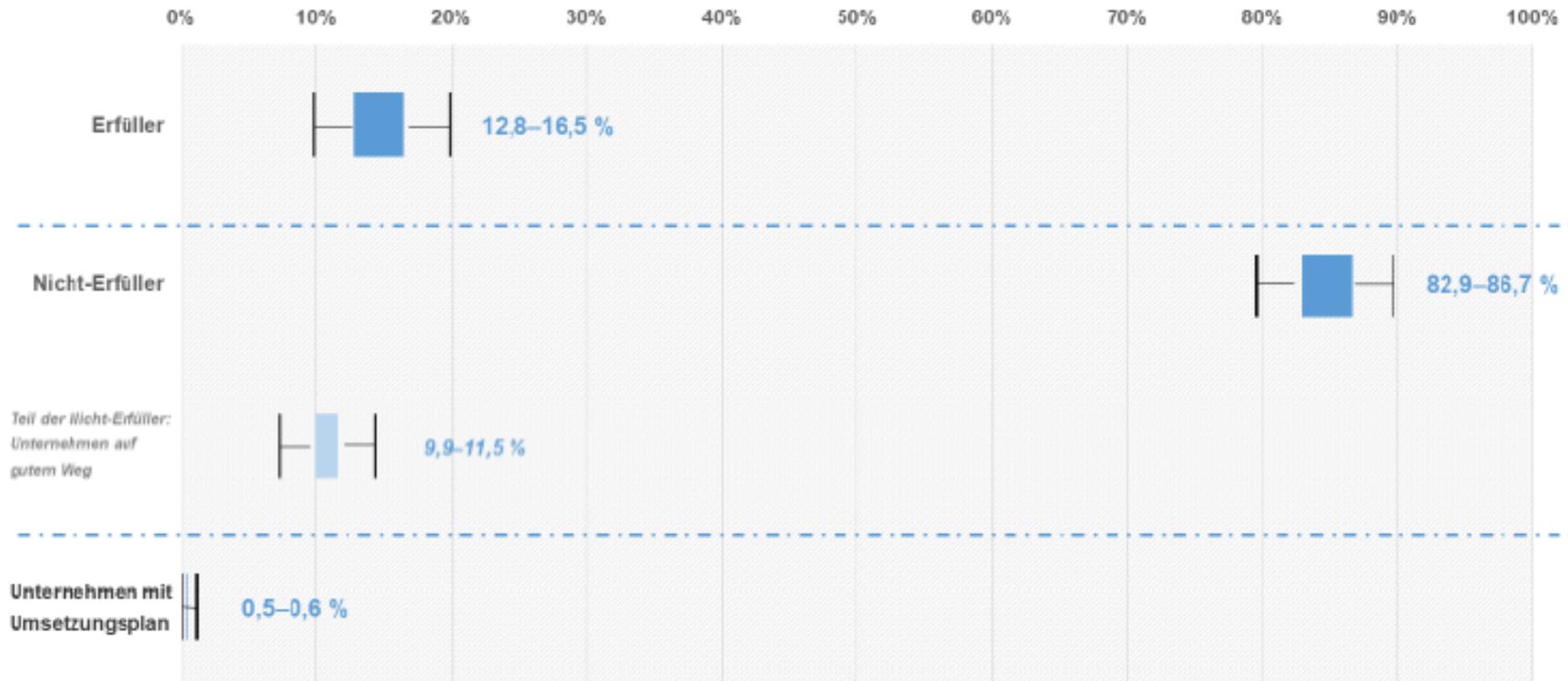
MISEREOR
IHR HILFSWERK

Politische Unterstützung

- Nov/ Dez 2019: Bundesparteitage der CDU und der SPD beschließen Forderung nach Lieferkettengesetz
- Entwicklungsminister Gerd Müller und Arbeitsminister Hubertus Heil kündigen Eckpunkte an



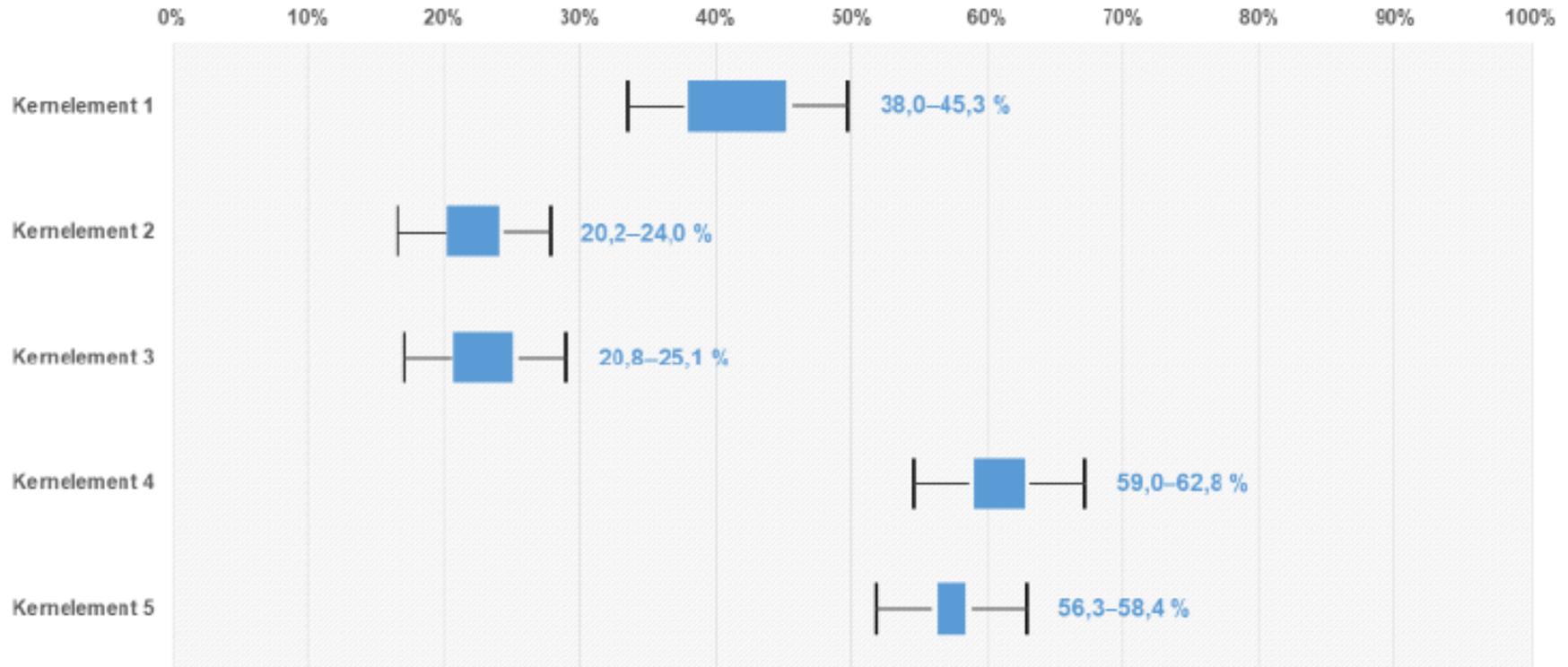
Gesamtergebnis Monitoring



 **x-y %** Bandbreite der statistischen Mittelwerte (je nach angewendetem Gewichtungsverfahren)

 Bandbreite der 95 %-Konfidenzintervalle (je nach angewendetem Gewichtungsverfahren)

Ergebnisse nach Elementen



 **x-y %** Bandbreite der statistischen Mittelwerte
(je nach angewendetem Gewichtungsverfahren)

 Bandbreite der 95 %-Konfidenzintervalle
(je nach angewendetem Gewichtungsverfahren)



Bericht 2020

Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte:

Deutsche Unternehmen und Politik
auf dem Prüfstand



Grundsatzbeschluss für Gesetz

- Kanzlerin beauftragt Minister Heil, Müller und Altmaier, gemeinsame Eckpunkte vorzulegen
- Gelten für deutsches Gesetz und EU-Regulierung
- Altmaier gegen Haftung und Umweltstandards, will Gesetz auf 280 Unternehmen (>5.000 Mitarbeitende) und direkte Zulieferer (Tier 1) beschränken
- BDA, BDI und CDU-Wirtschaftsrat missbrauchen Corona: „Belastungsmoratorium“
- Dabei würde Umsetzung große Unternehmen nur 0,005 Prozent der Umsätze kosten

Rückenwind aus Brüssel

- EU-Justizkommissar Didier Reynders hat für 2021 Legislativvorschlag angekündigt
- Umfasst menschenrechtliche wie auch umweltbezogene Sorgfaltspflichten
- Soll verwaltungsrechtliche Sanktionen und zivilrechtliche Haftung einschließen
- EU-Rat und Europäisches Parlament unterstützen das Vorhaben
- Deutsches Lieferkettengesetz erhöht Chancen bei EU und wird Regulierung stark beeinflussen

Menschenrechte gelten nicht nur bei
Hochkonjunktur, deshalb:

Lieferkettengesetz Jetzt!